

Die Bereitschaft der Deutschen zur europäischen Integration und die Aufgaben der Katholiken

Von Hans Maier

I

Die Idee der politischen Einheit Europas hat in Deutschland eine lange Tradition. In eindrucksvoller Weise hat Immanuel Kant in seiner Schrift »Zum ewigen Frieden« (1795) auf den Zusammenhang zwischen Frieden und dem »Föderalismus freier Staaten« hingewiesen. Pläne zum gleichen Thema veröffentlichten Wieland, Novalis, Bluntschli – um nur einige zu nennen.

Aus der Erfahrung mörderischer Kriege konkretisierten sich die Pläne. In den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts veröffentlichte Graf Coudenhove-Kalergi sein Buch »Panneuropa« (1923). Deutscherseits befürworteten so verschiedene politische Persönlichkeiten wie Paul Loebe, Konrad Adenauer, Gustav Stresemann und Heinrich Brüning die europäische Einigung. Autoren wie Thomas Mann, René Schickele und Otto Flake setzten sich mit dieser Idee auseinander. Doch bevor die Frucht reifen konnte, stürzte der Wahn des Nationalsozialismus, des Rassismus und des Antisemitismus die Völker Europas in das Chaos des Zweiten Weltkriegs.

Während dieses Krieges blieb auch im deutschen Widerstand der Gedanke an Europa wach. Im fünften Flugblatt der Geschwister Scholl (1942) heißt es: »Nur eine gesunde föderalistische Staatsordnung vermag heute noch das geschwächte Europa mit neuem Leben zu erfüllen. . . . Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür verbrecherischer Gewaltstaaten, das sind die Grundlagen des neuen Europa.« Carl Goerdeler schrieb im August 1944: »Dieser Krieg muß zu einem engen Zusammenschluß der europäischen Völker führen, wenn die Opfer einen Sinn erhalten sollen.«

Diese Gedanken griff Winston Churchill auf, als er nach dem Zweiten Weltkrieg in seiner berühmten Züricher Rede vom 19. September 1946 sagte: »Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen. Nur so können Hunderte von Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. . . . Der erste Schritt ist die Bildung eines Europarats. . . . Frankreich und Deutschland (müssen) die Führung zusammen übernehmen. . . .«

Dieser Impuls wurde von weitsichtigen Staatsmännern aufgegriffen. Vor allem Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer sind hier zu nennen, und es ist kein Zufall, daß alle drei aus europäischen Grenzgebieten stammen, Lothringer der eine, Trientiner der andere, Rheinländer der dritte. Man darf daran erinnern: dieser erste konkrete Ansatz Europas nach dem Krieg war das Werk weniger, »das Werk einer Handvoll alter katholischer und konservativer Staatsmänner, deren Weltbild aus der Zeit Franz Josephs und Wilhelms II. stammte und die als einzige im Chaos der Nachkriegszeit ein gemeinsames Ethos, eine gemeinsame Tradition und eine gemeinsame Sprache besaßen« (Herbert Lüthy).

Im neugeschaffenen Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Preisgabe nationalstaatlicher Souveränität ausdrücklich vorgesehen: »Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen« (Art. 24 [1]).

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik wurde heftig um die Entscheidung einer Alternative gerungen, die sich in beiden hervorragenden Parteiführern der damaligen Zeit darstellte. Einerseits Kurt Schumacher und die SPD: hier war die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches primäres Ziel. Andererseits Konrad Adenauer und die CDU/CSU: In einer grundsätzlichen Option plädierte Adenauer für die Sicherung der Freiheit und des Friedens durch Aussöhnung und Bündnis mit den Demokratien Westeuropas.

Konrad Adenauer war von der Überzeugung getragen, daß gegen die Hinterlassenschaft des Dritten Reiches und die Bedrohung durch den Kommunismus Politik wieder auf Grundwerten aufbauen müsse. Für Adenauer waren diese Grundwerte in der christlich-abendländischen Tradition verankert. Dabei blieb er als Pragmatiker flexibel und den politischen Möglichkeiten gegenüber offen; er traf sich darin mit Robert Schuman, der in seiner Erklärung vom 9. Mai 1950 ausführte: »Europa läßt sich nicht mit einem Schlag herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung; Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der jahrhundertealte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird.«

Die genannte grundlegende Option Konrad Adenauers fand eine breite Resonanz in der deutschen Bevölkerung und wurde durch wiederholte Wahlerfolge in Bundestagswahlen eindrucksvoll bestätigt.

Mit Genugtuung können wir heute feststellen, daß die Entscheidung der deutschen Bürger für Europa bewirkt hat, daß in dieser Frage völlige Übereinstimmung bei allen Bundestagsparteien und bei den wichtigen Verbänden und Gruppen der Bundesrepublik herrscht. Mag gelegentlich auch noch über das Spannungsverhältnis zwischen europäischer Einigung und atlantischer Partnerschaft diskutiert werden, mag — mit Recht — um die innere Verfassung Europas gerungen werden — die Option für Europa steht in der Bundesrepublik außer Frage.

Wir haben seit den europäischen Bruder- und Weltkriegen einen weiten Weg zurückgelegt. Einen Weg, in dessen Verlauf sich die Idee Europa in konkreten Fakten niedergeschlagen hat. Es gibt zwischenstaatliche Verträge (auch wenn sie bisher noch keine aktive politische Gemeinschaft begründet haben), es gibt Verwaltungsabkommen, Erleichterungen des Verkehrs, Abstimmungen der verschiedensten Art — es gibt vor allem jenes schwer meßbare, aber reale Gefühl geringerer Fremdheit, stärkerer Zusammengehörigkeit zwischen den europäischen Völkern. Der Friede zwischen den Staaten ist gesichert. Dennoch: Die europäische Einigung ist keineswegs vollendet. Sie bleibt eine notwendige Aufgabe. Europa muß zur politischen Einheit finden, damit das bisher politisch und wirtschaftlich Erreichte nicht gefährdet wird, damit Friede und Wohlstand erhalten bleiben. Wir brauchen das politisch geeinte Europa auf föderativer Grundlage, um in der globalen Mächtekonstellation — zeit- und situationsgerecht — jene Ordnung herzustellen, die die klassische europäische Philosophie als »societas perfecta« bezeichnet, eine

Gesellschafts- und Staatsordnung, die das Wohl jedes einzelnen Bürgers auch heute umfassend gewährleistet. Und endlich brauchen wir das politisch geeinte Europa, um gegen jede militärische, ökonomische und politisch-ideologische Bedrohung von außen gewappnet zu sein und um innerhalb des atlantischen Bündnisses als ernst zu nehmender Partner auftreten zu können.

Trotz aller positiven Bilanzen und trotz der Tatsache, daß die Europäische Gemeinschaft zu einem wichtigen Faktor der Weltwirtschaft geworden ist — es ist nicht zu verkennen, daß sich der europäische Einigungsprozeß zur Zeit in einer Krise befindet.

Die Europabegeisterung der Nachkriegsjahre ist dahin. Der Glaube an den Automatismus der Sachzwänge, an eine Dynamik, die aus der Quantität der wirtschaftlichen, technischen und politischen Gemeinsamkeiten die neue Qualität einer umfassenden europäischen Integration von selbst entstehen ließe, hat sich überlebt.

Das Europa der Regierungen und Parlamente, der Verwaltungen, Bürokratien und übernationaler Organisationen scheint unfähig zu der nötigen und geforderten politischen Transformation. Auch den Regierungen — in nationalen Wahlen mit nationalen Themen zur Macht gelangt — scheint der Mut zu konsequenter Integrationspolitik abhanden gekommen zu sein.

So konnte vor einigen Monaten der belgische Ministerpräsident Tindemans in Ottoburen sagen: »Wir stehen hier nicht nur vor einer Krise der Europäischen Gemeinschaft, sondern vor allen Dingen vor einer Krise des Vertrauens in die Aufrichtigkeit des europäischen Einigungswillens.«

Die Nationalstaatsidee, die in den vergangenen 180 Jahren in Europa eine dominierende und oft verhängnisvolle Rolle gespielt hat und die gerade durch den europäischen Einigungsprozeß überwunden werden sollte, scheint im Konzert der westeuropäischen Staaten nochmals an Gewicht zu gewinnen und die Weiterentwicklung zu blockieren. Obwohl die fortschreitende Interdependenz auf allen Gebieten der Politik jedem Bürger immer mehr spürbar wird, scheitern nach wie vor die für unser aller Existenz notwendigen politischen Lösungen an der Ideologie der Souveränität der Staaten, die auf vielen Gebieten nur noch eine Scheinsouveränität ist.

Hier liegt eine der tieferen Ursachen, die die politischen und kulturellen Kräfte behindern, die Europa zu einer neuen Gestalt verhelfen könnten. Es ist der vordergründige nationale Pragmatismus, die Angst vor Hegemonie und Überfremdung, die Blindheit gegenüber der Tatsache, daß ein Wirtschaftsraum von der heute erreichten Potenz nicht lange das Vakuum einheitlicher politischer und geistiger Führung ertragen kann.

Was so als Krise der Gemeinschaft sichtbar wird, findet sein genaues Gegenbild in der Reaktion der Bevölkerung der Bundesrepublik. Eine gewisse Zwiespältigkeit ist festzustellen. Einerseits Kritik an der Undurchschaubarkeit der europäischen Entscheidungsabläufe und an der Überbürokratisierung: An den »Butterbergen« und »Milchseen« wachsen die Vorurteile; es verstärkt sich der Eindruck, die Bundesrepublik sei der Zahlmeister Europas — so falsch dieser Eindruck objektiv auch ist. Es wird nicht mehr gesehen, daß etwa die Pro-Kopf-Belastung der Bevölkerung in Belgien größer ist als in der Bundesrepublik;

daß sich 1976 die Einfuhren aus den Gemeinschaftsländern gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent, die deutschen Lieferungen aber um 21 Prozent erhöhten; daß Europa den Bürger erheblich weniger Steuern kostet, als für nationale Zwecke abgeschöpft werden.

Andererseits hat die Reaktion der Bevölkerung auch durchaus positive Seiten: Die bevorstehende europäische Direktwahl wird von 51 Prozent der Bundesbürger aufmerksam verfolgt.

Unter zehn ausgewählten aktuellen Themen hatte im Juli 1977 nur die Diskussion über Kernkraftwerke einen höheren und nur das Kostendämpfungsgesetz den gleichen Stellenwert wie die Direktwahl.

70 Prozent der wahlberechtigten Bundesbürger haben von der Direktwahl gehört; etwa ebenso viele wollen, wenn die Wahl stattfindet, ihre Stimme abgeben. Davon waren Ende 1977 bereits 57 Prozent ganz fest zur Wahl entschlossen.

Es steht zu erwarten, daß jetzt, da der Wahltermin feststeht, und später, wenn der Wahlkampf europäischer Parteienföderationen in seine »heiße Phase« tritt, sich diese Prozentzahlen noch erheblich erhöhen werden.

Zusammenfassend: Die europäische politische Einigung hat in Deutschland eine lange Tradition.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Bundesrepublik eine grundlegende Option für die Einheit Europas getroffen.

Diese Option steht nicht mehr in Frage. Trotz Krise und trotz skeptischer Stimmen ist festzustellen: Sobald von Europa *unter aktuellen Bezugspunkten* die Rede ist, zeigt sich ein breites Interesse nicht nur bei Parteien und Verbänden, sondern bei der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

II

Fragt man nach der weiteren Entwicklung und speziell nach der Verantwortung der Kirchen und Christen für Europa, so lassen sich zwei Ebenen unterscheiden. Die eine ist die faktische Ebene — hier geht es darum, ob sich unterschiedliche Parteien zeitlich befristet auf konkrete Programme einigen können, auf Koalitionen für Legislaturperioden.

Im direkt gewählten europäischen Parlament erscheinen folgende Koalitionen denkbar:

- a) »große Koalition« (Christdemokraten und Sozialisten, ca. 236 Stimmen von 410)
- b) »bürgerliche Koalition« (Christdemokraten, Konservative, Liberale, Gaulisten, ca. 221 von 410 Stimmen)
- c) »linksliberale oder Volksfront-Koalition« (Sozialisten, Kommunisten, Liberale, ca. 214 von 410 Stimmen).

Die unter c) genannte Koalition ist unwahrscheinlich. Die unter a) und b) genannten Alternativen erscheinen faktisch denkbar, sofern die Formulierung zeitlich befristeter Programme gelingt.

Wichtiger ist vorderhand — um die europäische Einigungsbewegung überhaupt erst wieder in Gang zu bringen — die theoretische Ebene. Hier ist zu fragen, woher

europäische Politik ihre Normen bezieht und welche Normen unabdingbar sind. Daraus resultieren die Voraussetzungen bzw. Grenzen von Kooperationen.

Die hier liegende Verantwortung haben die Kirchen erkannt. Die in den vergangenen Jahren immer intensiver gewordenen Kontakte von Portugal bis Polen, die Erfordernisse und Zeugnisse tätiger Solidarität zwischen den Kirchen in Europa, nicht zuletzt auch die Betroffenheit über das Schicksal und die Lebensbedingungen der Christen, denen die bürgerlichen Freiheiten durch die kommunistische Macht beschnitten werden, haben das Bewußtsein einer europäischen Schicksalsgemeinschaft wieder wachgerufen. Es zeigt sich: Europa — das ist nicht in erster Linie eine geographische und auch nicht eine technisch-wirtschaftliche oder politische Größe, Europa ist eine geistig und religiös gewachsene Einheit, in der Christen grundlegende Beiträge zur Sinngebung des Lebens, zur Erziehung und Kultur, zum Dienst am Mitmenschen und nicht zuletzt zu einer menschenwürdigen und freiheitlichen Ordnung geleistet haben.

Diese Impulse aus dem Glauben und die Kraft der christlichen Tradition nun für die vor uns liegenden Aufgaben verstärkt wirksam zu machen, haben die Europäischen Bischofskonferenzen in ihrem »Wort zu Europa« vom 29. Juni 1977 nachdrücklich gefordert. Diesem Ziel diene auch der Hirtenbrief der belgischen Bischöfe und die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände zu Europa.

Das gegenwärtige Defizit an politischem Willen in der Europäischen Gemeinschaft hat seine Ursache im Mangel einer tragenden geistigen Perspektive bei der Einigung Europas. Europa braucht eine Konzeption, die es in die Lage versetzt, seine Egoismen zu überwinden. Ein Kontinent, der in einem langen und schmerzhaften Prozeß die Prinzipien der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität, der Freiheit und des Friedens entwickelt, erkämpft und erprobt hat, muß jetzt seine Fähigkeit erweisen, diese Maximen auch für seine eigene staatliche und gesellschaftliche Ordnung unter neuen Bedingungen in einem größeren Rahmen anzuwenden. Die Realisierung dieser Aufgabe wird nicht nur den Völkern dieser politischen Einheit zugute kommen. Wenn schon die Entfaltung der wirtschaftlich-technischen Energien durch die bisherige Kooperation politische Wirkungen ausgelöst hat, wieviel mehr müßte der Einsatz für diese Aufgabe, Europa wieder eine geistige Ausstrahlungskraft zu geben, eine weltweite Bewegung auslösen!

Allerdings sollten wir uns nicht täuschen: Das wird eine überaus schwierige Aufgabe sein. Denn wie unterschiedlich sind nach wie vor die Strukturen, die Rechtsnormen und die Ordnungsmaßstäbe auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens in unseren Ländern! Wir können nicht erwarten, daß sie ohne Schwierigkeiten harmonisiert werden. Wir müssen zunächst lernen, die uns vertrauten Vorstellungen an den Vorstellungen unserer Nachbarn zu messen. Eine Politik Europas wird etwas anderes sein müssen als die Politik der Europäischen Gemeinschaften. Die Sachaufgaben einer europäischen Finanz- und Sozialpolitik, der Energie- und Forschungspolitik, der Währungs- und Wirtschaftspolitik sind nur zu erfüllen, wenn vorher prinzipielle Vereinbarungen nicht nur auf der Ebene der Verwaltung und der Parteien zustande kommen. Solche grundlegenden Entscheidungen bedürfen der Unterstützung der gesamten Gesellschaft. Voraussetzung

dazu ist die Überprüfung der Einstellungen, der tiefsitzenden, historisch gewachsenen und vererbten Verhaltensweisen und Denkformen.

Das ist nur zu erreichen, wenn wir mehr voneinander wissen und auch darüber informiert sind, welche oft weit in die Vergangenheit zurückreichenden Tatbestände und geistigen Zusammenhänge in unserem Denken und Verhalten eine Rolle spielen.

Erforderlich ist somit die Entwicklung eines *neuen europäischen Bewußtseins der Zusammengehörigkeit*. Das sollte beispielsweise auch dadurch zum Ausdruck kommen, daß die großen Probleme der Bevölkerung in einigen entfernt liegenden Regionen Europas uns genauso wichtig erscheinen wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit unserer eigenen Landsleute. Von einer solchen Solidarität sind wir noch weit entfernt. Selbst die gemeinsame Bedrohung durch einen lebensverachtenden Terrorismus, der im geschickten Zusammenspiel international verflochtener Täterkreise längst zu einem Euroterrorismus geworden ist, hat nicht überall die gemeinsame Betroffenheit zur Folge gehabt, die man eigentlich hätte erwarten müssen — um das mindeste zu sagen.

Eine solche Solidarität und ein solches Zusammengehörigkeitsbewußtsein sind nicht mehr durch Aufrufe und durch die Pflege einer vordergründigen Europa-begeisterung zu erreichen. Wir sind sehr viel nüchterner geworden. So unbefriedigend und unzureichend die bisherige Praxis der europäischen Zusammenarbeit für dieses Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäer auch gewesen ist, die Pragmatik der EG-Politik hat uns alle vor Illusionen bewahrt und auf die entscheidenden Probleme hingelenkt. Die dabei gemachten Erfahrungen haben uns deutlich gemacht, daß die Schwierigkeiten nicht auf technischem, sondern auf geistigem Gebiet liegen. Dort sind aber auch die Chancen und Möglichkeiten für einen neuen Anfang zu finden.

Europa muß seine Identität wiederfinden, d. h., die in der Gemeinschaft zusammenlebenden Völker müssen sich wieder besinnen auf ihre Herkunft, auf die fundamentalen Orientierungen, die in der Vergangenheit für das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft entwickelt worden sind. Der Klärung dieser Grundlagen ist die bisherige Europapolitik ausgewichen. Die gegenwärtige Krise beruht nicht zuletzt darauf, daß über fällige Wertentscheidungen und über die Gestaltungsprinzipien eine gemeinsame Übereinkunft nicht besteht.

Hier deutet sich die entscheidende Auseinandersetzung für die nächsten Jahre an. Dieses Ringen können und dürfen wir den Staatsmännern und Politikern nicht allein überlassen. Als Bürger einer pluralen Gesellschaft haben wir das Recht, uns mit unseren Vorstellungen zu Wort zu melden. Als Christen haben wir darüber hinaus eine besondere Verpflichtung. Christliche Staatsmänner waren es, die nach dem Kriege zunächst versucht haben, aus den schrecklichen Erfahrungen die Konsequenzen zu ziehen, Haß und Feindschaft zwischen den europäischen Völkern zu überwinden, die alten Vorurteile und Rivalitäten abzubauen und die in Europa liegenden Energien für eine Friedensordnung zu nutzen. Das christliche Denken hat Europa tief geprägt. Viele Fragen der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen in unserem Land, in Europa und auf Weltebene — ob es sich nun um die Probleme der Wirtschafts- und Sozialordnung, um Fragen der Demokratie und der Rechtspolitik oder um den Ausbau und die Sicherung der Menschenrechte han-

delt —, lassen sich in ihrem prinzipiellen Kern zurückführen auf die Frage nach der Position des Menschen in Gesellschaft und Staat. Und hier stoßen wir fortgesetzt auf die geistigen Spuren der großen Auseinandersetzungen der europäischen Geschichte.

Vor uns steht die Aufgabe, in dieser Auseinandersetzung christliches Denken wieder präsent zu machen und es in die verschiedenen Sachbereiche umzusetzen. Das ist heute vor allem die Aufgabe der katholischen Laien. Sie stehen am Schnittpunkt von Kirche und Welt. Je schwieriger es angesichts der zunehmenden Differenzierung des Lebens und der Komplexität der sich stellenden Fragen für die Kirche wird, zureichende Hinweise für das konkrete Verhalten des einzelnen zu geben und sie sich auf Grundorientierungen beschränken muß, um so wichtiger wird die Verantwortung der Laien. Ihnen kommt es besonders zu, in die Welt hinein zu wirken, damit — wie es das Konzil formuliert hat — »die Sendung der Kirche den unterschiedlichen Verhältnissen der heutigen Zeit voller entsprechen kann« (*Lumen gentium* 36).

In den europäischen Ländern sind sehr unterschiedliche Bedingungen gegeben, wie Laien tätig werden können. Die entwickelten Formen weichen stark voneinander ab. Eine überdiözesane Koordination aller Kräfte des Laienapostolats, wie es das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland darstellt, ist in keinem anderen Land gegeben. Um unseren gemeinsamen Aufgaben hinsichtlich der europäischen Fragen besser gerecht zu werden, sollten wir gemeinsam überlegen, was wir tun können.

Vor einigen Monaten hat Hanna-Renate Laurien in Straßburg vor dem Europäischen Komitee für das katholische Unterrichtswesen den Vorschlag gemacht, bald ein europäisches Zentralkomitee einzurichten. Das wird gewiß nicht von heute auf morgen möglich sein. Vorher sollte die Kommunikation zwischen den bereits bestehenden Organisationen über die Grenzen hinweg verbessert werden. Hier lassen sich noch viele Möglichkeiten ausschöpfen. Aber ein solcher Vorschlag, wie ihn Frau Laurien gemacht hat, kann als »reale Utopie« einen Anstoß geben und bewußtmachen, daß auch bei uns noch längst nicht entsprechende Antworten auf die europäische Herausforderung gefunden worden sind.

Im übrigen: So wichtig diese organisatorischen Aufgaben sind, denen sich die Katholiken in Europa — auf allen Ebenen — bisher zu wenig gewidmet haben, das Entscheidende ist, ob wir jetzt unsere gemeinsamen geistigen Aufgaben erkennen, formulieren und in die Öffentlichkeit bringen. Auch das wird nicht einfach sein. Denn auch die Katholiken in Europa weisen nicht mehr jene Übereinstimmung der Anschauungen auf, wie sie früher üblich war. Wie die Wirtschaft gestaltet werden soll, welche Prioritäten in der Sozialpolitik zu setzen sind, welche Organisationsformen im Bildungswesen gewählt werden sollen — über dies und vieles andere gibt es stark auseinandergehende Auffassungen.

Aber es gibt nach wie vor auch entscheidende Gemeinsamkeiten unter Katholiken. Als Glieder der Kirche sind sie der gleichen Lehre verpflichtet. Christliche Tradition, Denk- und Verhaltensweisen wirken prägend nach. Das bedeutet nicht, rückwärtsgewandt Idealvorstellungen von gestern zu propagieren. Es heißt aber, daß das, was unsere Vorfahren oft unter äußerer Bedrohung und durch bittere Erfahrungen überlegt und geklärt haben, von uns ernsthaft bedacht werden sollte.

Viele Probleme, die sich heute stellen, haben in ihrer prinzipiellen Form die großen Strömungen des Humanismus, des Rationalismus und der Aufklärung bestimmt. Diese religiösen, weltanschaulichen, ideologischen und wissenschaftlichen Vorgaben der Jahrhunderte vor uns haben uns geprägt. Sie schwingen in uns mit, und wir müssen sie in dem jetzt nötigen Dialog ins Bewußtsein bringen, Überholtes abstoßen und den tragenden Kern vom Wandelbaren unterscheiden lernen.

III

Wir Katholiken können unseren Beitrag jetzt schon in vielfältiger Weise wirksam machen. Ich nenne vier Hauptfelder unserer Tätigkeit: die ethischen Grundnormen; das Ringen um ein neues Freiheitsverständnis; den Kampf gegen Vermassung und gesellschaftliche Anonymität; endlich die Bemühung um einen europäischen Bildungsbegriff.

1. *Die Bemühung um die fundamentalen Grundlagen der kommenden europäischen Ordnung*

In der Bundesrepublik Deutschland ist in den vergangenen Jahren eine Diskussion um die Grundwerte, also um die Anerkennung der Rechtsgüter und ethischen Grundnormen entbrannt, die für eine menschenwürdige und freie Gesellschaft unentbehrlich sind. Auch in dieser Hinsicht haben die Ereignisse der letzten Zeit, aber auch die harten Auseinandersetzungen um neue rechtliche Bestimmungen – in der Abtreibungsfrage, im Eherecht, im Bildungswesen – gezeigt, wie dringend notwendig eine solche Diskussion ist.

Ohne einen Konsens über die Grundlagen des Zusammenlebens, der von allen Gruppen der pluralen Gesellschaft mitgetragen werden muß, kann ein Staat seine Aufgabe nicht erfüllen – die Aufgabe nämlich, Rahmenbedingungen für die freie Entfaltung aller zu sichern. Ohne einen solchen Konsens wird auch Europa als politische Gemeinschaft nicht lebensfähig sein.

Darum müssen wir Katholiken in der europäischen Diskussion das Grundwertebewußtsein vertiefen und gegen seine Verletzung reagieren. Die Grundwerte bilden einen Zusammenhang, in dem jeder einzelne Wert von anderen mitbestimmt und mitbetroffen ist. Die Grundwerte haben ihr Fundament in der personalen Existenz des Menschen. Sie gründen in seiner Humanität. In seiner Person besitzt der Mensch die unveräußerliche Würde, das Recht auf Leben, das unantastbare Gewissen und die Fähigkeit, über seinen Kreis hinauszuwirken, für andere verantwortlich zu sein. Die in Europa entwickelten Theorien über Mensch, Staat und Gesellschaft sind ohne dieses Richtmaß nicht zu verstehen. Selbst menschenverachtende Totalitarismen unserer Tage kommen nicht völlig aus ohne einen wenigstens verbalen Tribut an die Idee der Humanität.

Diese Feststellung zeigt zugleich, wie kritisch wir sein und welche Fähigkeit der Unterscheidung wir entfalten müssen, um nicht in die Irre geführt zu werden. Am Prinzip der personalen Natur und Würde des Menschen haben wir ein Kriterium, um im geistigen Ringen um die Einheit Europas die Orientierung zu behalten.

Zwar wird sich das Verhältnis der Grundwerte zueinander im geschichtlichen Wandel immer wieder verändern müssen. Neue Bedingungen und Notwendigkeiten verlangen jeweils andere Akzentsetzungen. Auch bei der Bewältigung der europäischen Probleme bedarf es der geistigen Anstrengung und der Einsicht in die Sachzusammenhänge, um bestimmen zu können, wo die ausgleichende Gerechtigkeit dem Recht des einzelnen oder einzelner Volksgruppen vorzugehen hat, wo das Prinzip der Freiheit des einzelnen die Rechte und Freiheiten anderer beeinträchtigt, wo es um der elementaren Gleichbehandlung aller notwendig ist, vom einzelnen ein höheres Maß an Solidarität zu fordern. Immer aber geht es darum, in einem System der Balance die personale Natur und Würde des einzelnen mit den Erfordernissen des Gemeinwesens zu einem Ausgleich zu bringen.

2. Das Eintreten für ein neues Freiheitsverständnis

Der Kampf um die Freiheit ist heute zum Schlüsselbegriff der politischen Auseinandersetzung geworden. Ihm wird höchster Vorrang eingeräumt. Aber was ist Freiheit? Die einen verstehen darunter die Erhaltung der personalen Würde des Menschen, die andern umgekehrt gerade hemmungsloses Gewährenlassen, wieder andere die prinzipielle Wertfreiheit des geistigen und politischen Lebens. Dies zeigt, welcher Vieldeutigkeit und Belastung die Idee der Freiheit im heutigen Europa ausgesetzt ist. Es wird entscheidend sein, ob wir dem Freiheitsverständnis einen neuen Sinn geben können.

Auch die Geschichte dieses Grundwertes ist mit der europäischen Geistesgeschichte aufs innigste verknüpft. An dieser Geschichte läßt sich deutlich machen, wie die großen geistigen Strömungen, so sehr sie sich oft gegeneinander richteten und vom christlichen Glauben lösten, die europäische Entwicklung unwiderruflich geprägt und vorangetrieben haben. Die Besinnung auf die europäische Vergangenheit kann nicht einseitig, nicht ohne Abwägung erfolgen. Die Fruchtbarkeit des europäischen Geistes wird nur erhalten werden, wenn wir uns auf einen geistigen Dialog einlassen, wenn wir bereit sind, die kulturellen Kräfte des ganzen europäischen Raumes von Skandinavien bis zu den Mittelmeerlandern, vom Westen bis zum Osten ganz ernst zu nehmen.

Die von der Aufklärungsphilosophie getragene Freiheitsbewegung war gegen den bevormundenden Staat gerichtet. Daraus entstand die Dynamik der liberalen Freiheitsrechte, die sich gerade die Katholiken in einigen europäischen Ländern im letzten Jahrhundert – etwa in Deutschland und England – zunutze gemacht haben. Unsere Rechtsentwicklung bis hin zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist von diesem politischen Freiheitsbegriff entscheidend geprägt worden. Auf ihm beruht unser System der parlamentarischen Demokratie. Mit diesem Freiheitsbegriff verbindet sich über alle weltanschaulichen Grenzen hinweg im freien Teil Europas die übereinstimmende Überzeugung, daß der Mensch dem Staat vorgegebene Rechte hat, daß er seine Würde und sein Recht nicht – wie es früher der Obrigkeitsstaat und später kommunistische und andere Diktaturen beanspruchten – vom Staat oder von der Gesellschaft verliehen oder entzogen bekommt.

Die Entwicklung nicht nur in unserem Land, auch in anderen Ländern der westlichen Welt hat uns jedoch in den letzten Jahren darin bestätigt, daß der liberale Freiheitsgedanke, so stark er nach wie vor unser Rechtsdenken und unsere Rechtsordnungen bestimmt, heute an eine Grenze gekommen ist. Indem er nur nach außen wirkt, gegenüber dem Staat, erfaßt er nicht die freiheitsbedrohenden Momente im Innern der Gesellschaft. Das liberale Prinzip der Begrenzung staatlicher Macht durch parlamentarische Kontrolle und Gewaltenteilung reicht nicht aus, neuen Machtkonstellationen und -konzentrationen im Gesellschaftsbereich — bei Unternehmen und Gewerkschaften, bei Verbänden, Institutionen der sozialen Sicherung und bei Kommunikationsmedien — zu begegnen und den Bürger vor neuen Abhängigkeitsformen wirksam zu schützen.

Das Unzureichende dieser einseitig liberalen Zielrichtung hin auf den Staat, nicht auf die Gesellschaft zeigt sich auch im Verhalten vieler Bürger selbst. Einerseits wird die Kontrolle gesellschaftlicher Machtgruppen verlangt. Andererseits werden die Ansprüche an die Träger gesellschaftlicher und staatlicher Leistungen fortgesetzt höhergeschraubt. Mit der Forderung nach Emanzipation wird oft ein subjektiv beliebiges Verhalten im eigenen Lebensbereich gerechtfertigt. Das alles zeigt, wie sehr die Freiheitsvorstellung sich von der sozialen Komponente und der verantwortlichen Bindung an sittliche Normen gelöst hat.

Hier liegt ein Defizit, auf das wir Katholiken aufmerksam machen müssen. Viele, die den Freiheitsgebrauch der europäischen Völker nach drinnen und draußen kritisieren oder die angesichts der solidarischen Verpflichtungen, die wir gegenüber anderen Völkern in den ärmeren Ländern Europas und in der Dritten Welt haben, von der Notwendigkeit eines neuen Lebensstils sprechen, haben nur zu recht. Wir müssen zugeben, daß hier anstehende organisatorische und rechtliche Probleme noch nicht gelöst worden sind. Es wäre aber schon ein Fortschritt, wenn die bisherige oft mit Schwarz-Weiß-Argumenten überlastete Diskussion differenzierter geführt würde.

3. Der Kampf gegen Vermassung und gesellschaftliche Anonymität

Die Gefährdung der Freiheit und die Auflösung wichtiger Werte sind in unserer modernen Industriegesellschaft nicht zuletzt auch gefördert worden durch Technik, Rationalisierung und Bürokratisierung. Symptome dafür sind die immer weiter vorgetriebene Arbeitsteilung, die Konzentration von Unternehmungen und Betrieben und nicht zuletzt die Ausbildung von Stadtlandschaften in Ballungsgebieten. Funktionsverluste beim einzelnen und in Familien, das Gefühl, atomisiert und einem übermächtigen Mechanismus ausgeliefert zu sein, der Abbau von Entscheidungsspielräumen — das alles gehört zu unserer Massengesellschaft, die zweifellos ein Nährboden für gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen ist, die sich nicht mehr am einzelnen, sondern an globalen Planungen orientieren.

Dagegen können wir Gegenkräfte mobilisieren. Zu den Gemeinsamkeiten, die sich trotz aller Unterschiede im katholischen Europa erhalten haben, gehört die Hochschätzung der Familie. Wir brauchen die Gründe hierfür nicht zu nennen. Die Bedeutung der Familie für den einzelnen, für die Gesellschaft und den Staat

ist schon frühzeitig von der Katholischen Soziallehre analysiert und herausgestellt worden. Die Familien haben sich trotz aller Funktionsverluste, obwohl man sie materiell und ideell vielfach alleingelassen hat, als widerstandsfähig und als unersetzbar für die demokratische Gesellschaft erwiesen. Dies bestätigen im Grunde gerade diejenigen, denen die Familie aus einem Vorurteil heraus als eine Einschränkung der radikalen Selbstmacht des Individuums erscheint, weil sie in der Tat der Utopie der Gleichmacherei den stärksten Widerstand entgegensetzt.

In der Familie kann die personale Sicht des Menschen in ihrer ganzen Fülle, in ihrer Verbindung von Eigenständigkeit und sozialer Zuordnung erfahren und damit die individualistische Verengung des Freiheitsverständnisses unmittelbar überwunden werden. Denn in keiner anderen menschlichen Gemeinschaft wird das Urvertrauen und die persönliche Begegnung so unmittelbar erlebt. Die Familie ist die Begegnungsstätte der Generationen, in ihr verbinden sich Tradition und Zukunft. Kaum eine andere Institution kann daher eine ähnlich starke kulturelle Ausstrahlung haben.

Eine Ergänzung zu dieser gesellschaftlichen Bedeutung der Familie können katholische Organisationen und Institutionen in wichtigen gesellschaftlichen Tätigkeitsbereichen dadurch bilden, daß sie sich im Schul- und Bildungswesen, im Dienst am Kranken, Notleidenden und Behinderten, im publizistischen Bereich oder in der Beratung in besonderen Lebenssituationen engagieren. Überall, wo sie auf diese Weise tätig werden, wird der Trend zur öffentlichen und privaten Monopolisierung und Bürokratisierung gestoppt. Die plurale Gesellschaft bleibt von unten aktiv. Solche freien gesellschaftlichen Kräfte sind imstande, die Gesellschaft offenzuhalten. Der Wettbewerb mit anderen Einrichtungen verschafft mehr Durchsichtigkeit und Beweglichkeit. Eine Gesellschaft, in der christliche Gruppen selber tätig werden, ist weniger von oben steuerbar, ihr bleibt die kulturelle Vielfalt erhalten.

Diese Realisierung des uns allen geläufigen Subsidiaritätsprinzips dürfte gerade für die europäische Diskussion von nicht geringer Bedeutung sein. Auch damit kann die Angst vor einem europäischen Superstaat, vor Einebnung und Fernsteuerung überwunden werden. Die Gestalt einer pluralen und toleranten Gesellschaft wird auf diese Weise konkrete und menschliche Züge bewahren.

4. Umriss eines europäischen Bildungsbegriffs

Endlich sei daran erinnert, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der europäischen Völker in realen Erfahrungen einer gemeinsamen Geschichte und einer gemeinsamen christlichen Erziehung gründet. Die europäische Bildung hat ihren Ursprung in der Kirche genommen. Über Jahrhunderte hin haben Geistliche die Formen der Traditionsaneignung und -weitergabe, der Bildungsvermittlung in Schulen und Hochschulen beherrscht — sichtbar noch heute im Gleichklang der Worte Geistlicher und Gebildeter in mehreren europäischen Sprachen und im kirchlich-pädagogischen Doppelsinn des Wortes *Schola*, Schule. Davon ist heute freilich vieles, ja das meiste verblaßt. Wir müssen nüchtern unterscheiden und fragen: Was kann noch auf allgemeine Anerkennung rechnen? Was kann und

soll wieder lebendig gemacht werden? Welche Minima eines europäischen Bildungsbegriffs sollen und können wir den künftigen Schulen und Hochschulen Europas anempfehlen und der erzieherischen Arbeit der nächsten Jahre zugrundelegen?

Eugen Egger hat in Vorarbeiten zu einer Charta des europäischen Bildungswesens folgende Feststellungen getroffen:

Kein europäisches Verständnis ohne Bezug zur griechisch-römischen Antike.

Keine europäische Sendung ohne christliche Weltanschauung.

Keine europäische Schule ohne die Rationalität des Humanismus.

Keine europäische Gesellschaft ohne die auf Gleichberechtigung, Freiheit und Solidarität beruhende Demokratie.

Keine europäische Wirtschaft ohne Ausgleich zwischen reich und arm, zwischen Natur und Technik, zwischen Kapital und Arbeit.

Keine europäische Politik ohne Tradition in der Weltoffenheit, ohne Glauben an die Zukunft.

Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands hat bereits am 17. September 1976 in einer Resolution verlangt, daß die katholischen Verbände und Einrichtungen die europäischen Fragen verstärkt in ihre Aktivitäten und in ihre Bildungsarbeit einbeziehen sollen. Dazu soll die Zusammenarbeit mit den katholischen Partnerorganisationen in den europäischen Ländern ausgebaut werden. »Diese Kontakte verlangen menschliche Begegnungen, die eine unerlässliche Voraussetzung für den notwendigen Dialog über die geistigen Grundlagen eines neuen Europa sind.«

*

Das sind Aufgaben, die unseren Geist und unseren Willen herausfordern. So unterschiedlich auch die strukturellen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für die Katholiken in den einzelnen Ländern sind, mit diesen Aufgaben kann schon heute begonnen werden. Darüber sollten die Katholiken, die katholischen Organisationen über die Grenzen hinweg ein ständiges Gespräch beginnen. Immer noch ist das gemeinsame Tun die beste Voraussetzung für Verständigung gewesen. Vielleicht lassen sich dann auch die Mentalitätsunterschiede, Mißverständnisse und Vorurteile schneller überwinden, die nach wie vor unsere Gemeinsamkeit beeinträchtigen. In dem Maße, in dem das gelingt, dürfen wir hoffen, christliche Kräfte zu gewinnen und nutzbar zu machen für das Werk der europäischen Einigung. Ohne sie wird das kommende Europa keinen Bestand haben.